Heft 4-2023 | EUR 9,00 | C 12232

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

Alfred Roth: ver.di und die Digitale Transformation

Christoph Ehlscheid: Ringen um die Aktienrente

Beiträge u.a. von
Ulrike Eifler, Susanne Ferschl, Jan Richter, Göran Therborn, Christoph Spehr, Lutz Brangsch, Hinrich Kuhls, Hartmut Reiners, Roland Kulke, Mario Keßler

Forum Gewerkschaften

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion zwischen den monatlichen Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

Neue Bankenpleiten und das Finanzsystem

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck propagiert in Sachen Bankenkrise Entwarnung: Nach der am Wochenende organisierten Übernahme der in Schieflage geratenen Credit Suisse durch die UBS gebe es keinen Anlass zur Beunruhigung. [...]

Eskalation der Rentenproteste in Frankreich

Für Staatspräsident Emmanuel Macron gibt es nach den überstandenen Misstrauensanträgen gegen die Ministerpräsidentin keinen Grund zur Kabinettsumbildung, Auflösung des Parlaments oder einem Referendum. In der Rentenfrage kennt er nach eigenem Bekunden »kein Bedauern und keine Skrupel«. [...]

Ausverkauf bei Galeria Karstadt Kaufhof

Galeria Karstadt Kaufhof macht 52 Filialen dicht, über 5.000 Beschäftigte werden ihren Job verlieren. Nach dem Schließungs-Schock kündigt ver.di massiven Widerstand an, attackiert den Skandal und mobilisiert bundesweit Proteste gegen das Aus der Kaufhäuser. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Heft Nr. 4 | April 2023 | 50. Jahrgang | Heft Nr. 482

Klimaalarm

Björn Radke: Weltklimarat: Klimawandel entschärfen 2

Joachim Bischoff/Björn Radke: Umweltschäden mindern deutsche Wirtschaftsleistung 5

Verteilungs- & Wahlkämpfe

Bernhard Müller: Inflation provoziert Verteilungskonflikte 9

Christoph Spehr: Der lange Schatten Berlins. Landtagswahl in Bremen: Bewährungsprobe für Rot-Grün-Rot und für DIE LINKE 15

Hartmut Reiners: Krankenhausreform – Schwerpunkte und Hindernisse 20

Neue Welt(un)ordnung

Lutz Brangsch: Russländische Linke in der Vielfalt der Oppositionen 24

Roland Kulke: Das hindunationalistische Projekt in Indien 28

Hinrich Kuhls: 25 Jahre Friedensprozess in Nordirland Vom Belfaster Vertrag zum Windsor-Rahmenabkommen 33

Forum Gewerkschaften

Karl Wolff: Wenn die Basis aufbegehrt Studentische Beschäftigte im Arbeitskampf 38

Christoph Ehlscheid: Ringen um die Aktienrente 41

Richard Detje/Otto König: Gute Arbeit im Krisenjahrzehnt. Einblicke des DGB Index Gute Arbeit in die Wahrnehmung der Arbeitsgesellschaft 42

Alfred Roth: Digitale Transformation in Zeiten der Vielfachkrise Herausforderungen für die ver.di-Fachgruppe Druck, Verlage, Papier und Industrie 45

Die Linke im 21. Jahrhundert

Göran Therborn: Die Herrschaft der herrschenden Klasse und ihr Wandel Die Linke im 21. Jahrhundert vor neuen Herausforderungen 49

Joachim Bischoff: Neue Betriebsweise und Umwälzung der Weltordnung im 21. Jahrhundert 53

Erinnerung | Debatte

Mario Keßler: Heldentum und Tragik Zum 125. Geburtstag von Paul Robeson 58

Ulrike Eifler/Susanne Ferschl/Jan Richter: Die Zukunft der Linkspartei 64

Impressum | Veranstaltungstipps | Film

Impressum 67

Tipps zum Hingehen oder Online 68

Klaus Schneider: Tár (Filmkritik) 69

Supplement

Benjamin-Immanuel Hoff: **Über die Praxis linken Regierens**
Die rot-rot-grüne Thüringen-Koalition

25 Jahre Friedensprozess in Nordirland

Vom Belfaster Vertrag zum Windsor-Rahmenabkommen

von ■ Hinrich Kuhls

Am 10. April 1998, einem Karfreitag, unterzeichneten die Konfliktparteien das Belfaster Abkommen, das auf den irischen und britischen Inseln meist als Karfreitagsabkommen bezeichnet wird. Es beendete dreißig Jahre paramilitärischer Kämpfe in Nordirland. Die anstehenden Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Vertragsschlusses könnten allerdings durch die seit einem Jahr andauernde Blockade von Parlament und Regierung in Nordirland getrübt werden. Die nordirischen Unionisten verweigern die verfassungsrechtlich gebotene Zusammenarbeit, seit ihre stärkste Partei, die Democratic Unionist Party (DUP), ihre hegemoniale Stellung in der teilautonomen britischen Provinz verloren hat. Bei den Wahlen zum nordirischen Parlament, der *Assembly*, im Mai 2022 hatte die linksrepublikanische Sinn Féin erstmals die Mehrheit der Stimmen errungen.

Geduld und Konsens

Das Belfaster Karfreitagsabkommen von 1998 (*Belfast/Good Friday Agreement* – im Folgenden »B/GFA«) ermöglichte in Nordirland einen Ausgleichsprozess, der zwar immer wieder durch politische Krisen gestört wurde, aber trotz anhaltender gegenseitiger kultureller Abschottung eine weitgehend friedliche Entwicklung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenlebens der überwiegenden Teile der irischen und britischen

Hinrich Kuhls ist Mitglied der Sozialistischen Studiengruppe (SOST). Im Rahmen der Berichterstattung über den Brexit und seine Folgen hat er in *Sozialismus.de* die Auswirkungen des EU-Austritts des UK auf die fragile Situation in Nordirland analysiert, darunter: *Pulverfass Nordirland* (Heft 4/2018), *Nordirland – beunruhigende Brexit-Folgen. Hundert Jahre Teilung der irischen Insel* (Heft 5/2011) und *Der Vertragsbruch der Brexit-Regierung. Zum Konflikt um das Irland-Nordirland-Protokoll* (Heft 7-8/2022).

Foto: Sozialismus.de-Archiv

Bevölkerungsgruppen förderte. Im Vertrag hatten sich alle Seiten auf zwei zentrale, miteinander verbundene Grundsätze verpflichtet: Geduld und Konsens. Die Entscheidung über die Wiedervereinigung Irlands, die wichtigste noch ungelöste Frage in der mehr als 100-jährigen Geschichte der Loslösung Irlands von der Oberhoheit des Vereinigten Königreichs, wurde nicht blockiert, sondern auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben.

Mit der Ratifizierung durch die Parlamente, der notwendigen Verfassungsänderung in Irland und der Schaffung des entsprechenden Primärrechts im UK wurde das Friedensabkommen in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag kodifiziert. In zwei getrennten Referenden stimmten die Wahlberechtigten in Irland (94%) und Nordirland (71%) dem Vertrag mit großer Mehrheit zu. Die entsprechenden Normen bilden seitdem die verfassungsrechtliche Grundlage für die politischen Institutionen in Nordirland. Der von bürgerkriegsähnlichen Gewaltausbrüchen begleitete Konflikt während der gesamten zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, in dem 3.500 Menschen getötet wurden, wurde damit nicht einfach eingefroren, sondern die Konfliktparteien einigten sich im B/GFA auf einen Prozess, in dem sich die Akteure zur aktiven Mitwirkung an der Konfliktlösung verpflichteten.

Zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gehörten Irland und das Vereinigte Königreich seit einem Vierteljahrhundert der Europäischen Union an. Zusammen mit Dänemark waren beide Staaten 1973 der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beigetreten. Auch wenn in beiden Staaten sowohl innerhalb der Wählerschaft als auch bei den wechselnden Regierungen die verschiedenen Stadien der Übertragung von souveränen Rechten auf die supranationale Europäische Union umstritten war, so war doch der ökonomische Fortschritt auf den irischen und britischen Inseln weitgehend unbestritten.

Die zwischenstaatliche Kooperation westeuropäischer Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg gründete zunächst auf einer Angleichung der Volkswirtschaften, war aber von Anfang an von der Perspektive einer supranationalen Zusammenarbeit begleitet. Das Bekenntnis »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus« war keine leere Parole, sondern reale Richtschnur für die politischen Kräfte des demokratischen Verfassungsbogens der sechs Gründerstaaten der EWG. Die Prosperitätsphase des Fordismus verlieh der Staatengemeinschaft nach innen Schwung für den Ausbau supranationaler Institutionen, und nach außen Strahlkraft für andere Staaten, an den ökonomischen Fortschritten teilzuhaben. Nach dem Ende des britischen Kolonialreichs in den 1960er-Jahren, dem Sturz der drei südeuropäischen Diktaturen Mitte der 1970er-Jahre und nach dem Zusammenbruch der ökonomischen Kooperation der ostmitteleuropäischen Staaten Anfang der 1990er-Jahre kam es zu einer stufenweisen Erweiterung der Europäischen Union und einer Konsolidierung der politischen Institutionen supranationaler Kooperation, zuletzt umfassend kodifiziert im Vertag von Lissabon, der am 1. Januar 2009 in Kraft trat.

Die Europäische Union ist von allerlei Asymmetrien gekennzeichnet, z.B. dass die Wirtschafts- und Währungsunion bis heute nicht um die schon von Willy Brandt Mitte der 1970er-Jahre geforderte Sozialunion erweitert wurde, und von politischem Versagen, z.B. ihrer brachial ausländerfeindlichen Asylpolitik. Dennoch: Die EU hat sich in dem Sinne als Friedensprojekt bewährt, dass kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedsstaaten die Grundlage entzogen worden ist und sie derzeit auch nicht absehbar sind – eine Perspektive, die vor hundert Jahren meist als irreal bezeichnet worden wäre. Die EU ist aber auch ein Friedensprojekt in dem Sinne, dass in ihrem Rahmen regionale Gewaltkonflikte beigelegt werden können. Das Friedensabkommen von Belfast ist ein Produkt nicht nur zwischenstaatlicher Verhandlungen, sondern auch der Kooperation supranational verbundener Staaten. An dem Bestand der supranationalen Verbundenheit gab es 1998 kaum Zweifel; ein mögliches Ausscheiden eines Vertragsstaats aus der Europäischen Union wird im B/GFA in keiner Norm reflektiert.

Abwendung und Lüge

Der Siegeszug des Rechtspopulismus als Reflex der neoliberalen Austeritätspolitik auf internationaler Ebene und insbesondere mit der Zustimmung zum Brexit in England, dem Kernland des Vereinigten Königreichs, gefährdet die Fortsetzung des Friedensprozesses in Nordirland.

Zum einen hatte eine Mehrheit der nordirischen Wahlbürger*innen (56%) beim Brexit-Referendum 2016 für den Verbleib in der EU gestimmt, während in England 53,5% der Stimmberechtigten für den Austritt votierten. Sie folgten der Agitation der Anti-EU-Allianz aus Rechtsnationalisten und Rechtspopulisten aus der Konservativen Partei und der Brexit-Partei. Der nationalistisch-rechtspopulistische Flügel der Konservativen um den zeitweiligen Premierminister Boris Johnson und seiner kurzfristigen Nachfolgerin Liz Truss und die DUP als Mehrheitspartei der nordirischen Unionisten – die unionistische Windsor-Allianz – drängten während der Austrittsverhandlungen auf einen harten Brexit.

Zum anderen erwiesen sich die völkerrechtlich verbindlichen Regelungen des B/GFA als Hindernis für den Trennungsprozess des UK von der EU und der Republik Irland. Zum Konsensprinzip des B/GFA gehört die Freizügigkeit auf der irischen Insel. Das Grenzregime zwischen Provinz und Republik war verhasst, weil es hier immer wieder zu Gewalttaten kam. Zollunion und Binnenmarkt waren und sind das ideale Umfeld für freie wirtschaftliche, soziale und kulturelle Beziehungen auf der irischen Insel. Im B/GFA ist nicht nur das Verbot einer »harten Grenze« festgeschrieben, sondern auch das Gebot einer offenen Grenze. Die britische Regierung bestand jedoch auf dem vollständigen Austritt aus dem Binnenmarkt, der Zollunion und der EU-Gerichtsbarkeit. Mit dem Irland-Nordirland-Protokoll sollte eine Bewegungsform gefunden werden, die die sich widersprechenden Regelungen zweier Verträge in Übereinstimmung bringt. Das konnte nicht gelingen. Die unionistische Windsor-Allianz pochte am lautesten auf die Einhaltung des Belfaster Friedensabkommens, musste es aber durchlöchern, weil sonst die Union des Vereinigten Königreichs keinen Bestand hat.

Der Erdrutschsieg der Tories in der von der Brexit-Frage dominierten Parlamentswahl im Dezember 2019 fußte auf der lügnerischen Verheißung, die von Johnson durchgesetzte Variante des harten Brexits hätte keine negativen Rückwirkungen auf die britische Ökonomie, auf das konstitutionelle Gefüge des UK

und erst recht nicht auf die innerstaatlichen Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und Nordirland. Sobald die Lüge nach dem Brexit offenbar wurde, sprach die DUP, damals noch stärkste Partei in Nordirland, vom Verrat der Tories, stellte den unionistischen Patriotismus der Konservativen Partei in Frage und kündigte an, ihre Blockadepolitik erst zu beenden, wenn das Irland-Nordirland-Protokoll von der britischen Regierung vertragswidrig für nicht nichtig erklärt oder zumindest grundlegend revidiert worden sei.

In der spezifischen Verschränkung der beiden internationalen Verträge, zu der die EU-Institutionen Johnson die Hand reichten, zeigt sich das ganze Ausmaß der fatalen Instrumentalisierung des Belfaster Abkommens zur vermeintlichen Lösung des Nordirland-Konflikts im Zuge des Austritts des UK aus der EU. Ein völkerrechtlicher Vertrag (Belfaster Abkommen 1998), der die Lösung eines regionalen Konflikts (Nordirland) zum Gegenstand hat, zwischen zwei Vertragsparteien (UK und Republik Irland), die zum Zeitpunkt der Ratifizierung gleichberechtigte Mitglieder eines supranationalen Staatenbundes (EU) sind, muss mit einem weiteren internationalen Vertrag kollidieren, in dem die eine Vertragspartei (UK) – in reaktionärer Abwendung von der historischen Errungenschaft supranationaler Kooperation – auf der Suprematie ihrer staatlichen Souveränität gegenüber dem Vertragspartner (Republik Irland) des ersten Vertrags (Belfaster Abkommen) und dessen Bündnisstaaten (EU), denen sie den Rücken zugekehrt hat, besteht.

Dieser Grundkonflikt zwischen zwei völkerrechtlichen Verträgen wurde im EU-Austrittsvertrag mit dem Irland-Nordirland-Protokoll nicht gelöst. Die nun im Windsor-Rahmenabkommen fixierte Revision des Austrittsvertrags wird von der britischen Regierung als Teil der unionistischen Windsor-Allianz und mit wenigen Abstrichen auch von der EU-Kommission als richtungsweisender Ausweg dargestellt. Doch auch das revidierte Irland-Nordirland-Protokoll löst den Konflikt nicht. Es enthält vor allem eine pragmatische Lösung für den Warenverkehr aus dem UK in seine verbliebene irische Provinz mit unterschiedlichen Destinationen (Nordirland oder Republik Irland/EU) an der neuen Zollgrenze zwischen Großbritannien und Nordirland, und bietet der britischen Regierung die Möglichkeit, die schon in Gesetzentwürfen gegossenen Verletzungen internationalen Rechts ohne weiteren Gesichtsverlust zurückzunehmen.

Das Windsor-Rahmenabkommen

Am 27. Februar 2023 erzielten Premierminister Rishi Sunak und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine neue Vereinbarung zur Änderung der Funktionsweise des Nordirland-Protokolls. Entgegen allen landesüblichen Konventionen instrumentalisierte die im Umfragetief steckende Tory-Regierung den britischen Monarchen für diesen politischen Prozess der Annäherung zwischen EU und UK. Der zur Schau gestellte Patriotismus soll darüber hinwegtäuschen, dass die monatelangen Geheimverhandlungen nur auf nachhaltigen Druck der US-Administration mit einem Ergebnis abgeschlossen worden sind. Schon vor seinem Amtsantritt hatte Joe Biden angekündigt, dass das von den Tory-Regierungen als krönende Bestätigung ihrer Vision eines »Globalen Britanniens« angestrebte USA-UK-Freihandelsabkommen nur zu haben sei, wenn das B/GFA nicht nur formal uneingeschränkt Bestand hat, sondern auf seiner Grundlage auch politische und zivilgesellschaftliche Fortschritte auf der irischen Insel erreicht würden. Diese Position wurde von der Biden-Administration und Repräsentant*innen der Demokratischen Partei mehrfach wiederholt.

Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Windsor-Rahmenabkommens brachte Chris Coons, demokratischer Senator aus Delaware und enger Verbündeter von US-Präsident Biden, im Senat ein Gesetz ein, das dem Präsidenten die Befugnis geben würde, ein Freihandelsabkommen mit Großbritannien auszuhandeln. Demnach hätte Biden zwei Jahre oder bis zu einigen Monaten in einer hypothetischen zweiten Amtszeit Zeit, um mit dem UK ein Freihandelsabkommen abzuschließen und das Zustimmungsverfahren im Kongress zu beschleunigen. Der Gesetzentwurf wurde von John Thune, republikanischer Senator aus South Dakota, mit eingebracht. (FT 4.3.2023)

US-Präsident Biden nimmt an den Feierlichkeiten in Belfast nicht nur teil, weil die USA neben der EU die faktische Garantiemacht des Belfaster Friedensabkommens sind, sondern auch, weil er davon ausgeht, dass mit dem Windsor-Abkommen der seit dem Brexit schwelende Konflikt zwischen der EU und dem UK beigelegt ist. Der Status quo auf der irischen Insel soll möglichst lange erhalten bleiben. In der Republik Irland – einem der wenigen europäischen Staaten, die nicht Mitglied der NATO sind – ist unklar, ob die bürgerliche Koalitionsregierung ihre Mehrheit bei den nächsten Parlamentswahlen verteidigen kann, oder ob, wie jetzt schon in Nordirland, die linksrepublikanische Sinn Féin – eine Partei, die sich der Strömung des demokratischen Sozialismus zurechnet – die Mehrheit der Stimmen gewinnt. Sowohl die Vorsitzende der gesamtirischen Partei Sinn Féin, Mary Lou McDonald, als auch ihre Stellvertreterin und designierte nordirische Ministerpräsidentin (»First Minister«), Michelle O'Neill, fordern den Beginn der Vorbereitungen für das Referendum über die Wiedervereinigung Irlands gemäß Artikel 1 des Britisch-Irischen Vertrags.

Die pragmatisch-technische Seite des Windsor-Abkommens

Tory-Premierminister Sunak ließ es sich nicht nehmen, die Revision des Protokolls nicht nur in einer Regierungserklärung vor den Abgeordneten des britischen Unterhauses zu verkünden, sondern auch in einer Werbeschau in Nordirland zu präsentieren. Mit Hohn und Spott wurde er gefragt, warum die Tories dem gesamten UK die privilegierte Position zum europäischen Binnenmarkt genommen hätten. Hohn und Spott sind aber auch angebracht, weil die Korrekturen der Fehler, die vor drei Jahren hätten vermieden werden können, wenn die Verhandlungen nicht von Lügen begleitet gewesen wären, so gering ausfallen. Sie umfassen:

- Ein neues System zur Kontrolle von Waren, die von Großbritannien nach Nordirland verbracht werden:
  - Waren, die für den Verbleib in Nordirland bestimmt sind, passieren eine »grüne Spur« und werden weniger kontrolliert.

- Waren, die nach Irland und/oder in die übrige EU weiterbefördert werden, müssen eine »rote Spur« passieren und unterliegen umfassenden Kontrollen und Prüfungen.
- Die Kontrollen für Nahrungsmittel und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse wurden vereinfacht. Für Lebensmittel, die nach Nordirland verbracht werden, gelten die britischen Gesundheitsstandards. Produkte, deren Verbringung nach Nordirland nach EU-Recht im Rahmen des Protokolls technisch verboten war, wie z.B. Wurstwaren, sind nun erlaubt. Lastkraftwagen, die landwirtschaftliche Erzeugnisse transportieren, benötigen nur noch eine einzige Bescheinigung (plus eine Beschreibung der Waren) anstelle der vielen verschiedenen Bescheinigungen, die bisher für jedes Erzeugnis erforderlich waren.

- Privatpersonen, die von Großbritannien aus Pakete an andere Privatpersonen in Nordirland schicken, benötigen keine Zollpapiere mehr, und Online-Unternehmen, die Pakete an Privatpersonen schicken, müssen nur noch minimale Zollformalitäten erledigen.
- Die EU-Beschränkungen für die Aussetzung oder Absenkung der Mehrwertsteuer für bestimmte Waren werden nicht mehr angewandt. Außerdem wurde eine Ausnahmeregelung vereinbart, so dass die in Großbritannien eingeführte Mehrwertsteuerbefreiung für die Installation von energiesparenden Materialien in Immobilien, wie z.B. Wärmepumpen und Sonnenkollektoren, auch in Nordirland gelten kann.
- Alle Arzneimittel, die in Nordirland auf den Markt gebracht werden, werden künftig von der britischen Aufsichtsbehörde MHRA reguliert und nicht mehr von der EU-Regulierungsbehörde.

Politische Brisanz: die »Stormont-Bremse«

Ironischerweise hat die Gemeinsame Verhandlungskommission das politische Instrument, das den Konflikt zwischen dem B/GFA und dem Brexit-Vertrag lösen soll, als Bremse bezeichnet. Die Einspruchsmöglichkeiten des nordirischen Parlaments beziehen sich auf künftige Normen des EU-Binnenmarkts und der EU-Zollunion, deren Mitglied Nordirland nach dem Brexit weiterhin ist.

- 30 Mitglieder der Nordirischen Versammlung, der mindestens zwei politischen Parteien angehören, werden die Möglichkeit haben, Einspruch gegen die Anwendung einiger (aber nicht aller) aktualisierter oder geänderter EU-Rechtsvorschriften (hauptsächlich im Bereich des Warenhandels) zu erheben, die nach dem derzeitigen Protokoll automatisch in Nordirland gelten würden: Stufe eins der »*Stormont-Bremse*« Der Einspruch ist möglich, wenn die Änderungen sich »erheblich« von den bestehenden Rechtsvorschriften unterscheiden. Um das nachzuweisen, müssen sich die Abgeordneten um »vorherige substantielle Diskussionen« mit der britischen Regierung und der nordirischen Exekutive bemüht haben, um »alle Möglichkeiten« bezüglich des neuen EU-Gesetzes zu prüfen. Außerdem müssen die Wirtschaftsverbände die Zivilgesellschaft konsultieren.
- Der Einspruch ist von der britischen Regierung aufzugreifen. Eine »Petition of Concern« würde ihr dann die Möglichkeit geben, die Verabschiedung der aktualisierten oder geänderten EU-Gesetze im Gemeinsamen Ausschuss zu blockieren. Stimmt die EU nicht zu, gibt es ein Schiedsverfahren, das zur Anwendung des Gesetzes in Nordirland führen könnte. Die britische Regierung hat durchgesetzt, dass dies nur dann der Fall sein soll, wenn die Nordirische Versammlung in einer konfessionsübergreifenden Abstimmung zustimmt: Stufe zwei der »*Stormont-Bremse*«

Foto: Sozialismus.de-Archiv

- Der Stormont-Bremsmechanismus gilt nicht für Änderungen oder Ergänzungen der EU-Rechtsvorschriften über staatliche Beihilfen, den Elektrizitätsbinnenmarkt und den größten Teil des EU-Zollkodex.
- Es gibt ein separates (bereits bestehendes) Verfahren für die Einführung völlig neuer EU-Gesetze, die das UK bereits über den Gemeinsamen Ausschuss blockieren kann, vorbehaltlich bestimmter Bedingungen und eines Schiedsverfahrens.
- Die EU wird in der Lage sein, »geeignete Abhilfemaßnahmen« zu ergreifen, wenn Nordirland beginnt, von den EU-Warenvorschriften in einer Weise abzuweichen, die sich auf ihren Binnenmarkt auswirkt.
- Die Umstände, unter denen die EU das UK wegen Subventionen in Nordirland gemäß den EU-Beihilfevorschriften verklagen kann, wurden enger gefasst.
- Die britische Regierung hat zugestimmt, ihr rechtswidriges Nordirlandprotokoll-Gesetz zurückzuziehen, das die Anwendung von Teilen des Protokolls in britischem Recht blockiert hätte, und die EU hat zugestimmt, ihre Klagen gegen das UK wegen der nicht vollständigen Umsetzung des Protokolls fallen zu lassen.

Die politische Brisanz liegt in der Ausgestaltung der »Stormont-Bremse«. Im mehrstufigen Einspruchsverfahren, mit dem die

Unwirksamkeit geänderter EU-Rechtsvorschriften im nordirischen Teilgebiet des EU-Binnenmarkts erreicht werden soll, sollen die Abgeordneten des nordirischen Parlaments das erste und das letzte Wort haben. Dieser Stormont-Bremsmechanismus greift nur dann, wenn die nordirische Exekutive entsprechend dem Konsensprinzip mit einem Ersten Minister und einem stellvertretenden Ersten Minister im Amt ist, und die Nordirische Versammlung regelmäßig tagt. Das ist ein weiterer Anreiz für die DUP, ihre Blockadehaltung aufzugeben.

Damit wird aber derselbe Konstruktionsfehler, der das Irland-Nordirland-Protokoll des EU-Austrittsvertrags durchzieht, auf einer zusätzlichen Ebene fortgeschrieben. Denn schon die Überprüfung des Nordirland-Protokolls und die Entscheidung über dessen Fortsetzung, die erstmals 2024 zu erfolgen hat, ist von der britischen Regierung und den EU-Institutionen im Austrittsvertrag in die Hände des nordirischen Parlaments gelegt worden. Es entscheiden also nicht die vertragsschließenden souveränen Parteien über den Fortbestand ihrer Zollmodalitäten und Binnenmarktabgrenzungen, sondern ein auf einen doppelten Konsens verpflichtetes Parlament eines allenfalls teilsouveränen politischen Gemeinwesens, dessen Bevölkerungsgruppen sich ganz unterschiedlichen »Souveränitäten« verpflichtet sehen.

Jeder Schritt, der in Nordirland die Rückkehr zu einer kooperativen Lösung der festgefahrenen Situation in Nordirland begünstigt, ist zu begrüßen. Dazu gehört auch die nicht verfassungskonforme Entscheidung der britischen Regierung, die nach sechs Monaten gescheiterter einvernehmlicher Regierungsbildung fällige Neuwahl der Nordirland-Versammlung zweimal zu verschieben. Für den grundsätzlichen Konflikt, der mit der Überlagerung des B/GFA durch den Brexit entstanden ist, gibt es zwei Lösungsalternativen. Ein positives Votum in einem Referendum über die Wiedervereinigung Irlands oder die Neuverhandlung nicht des Brexit-Austrittsvertrags, sondern des EU-UK-Handels- und Kooperationsabkommens mit dem Ziel einer neuen EU-UK-Zollunion.

Politische Situation in Nordirland

Die politische Situation in Nordirland zum Zeitpunkt der Jubiläumsfeier mag entspannt wirken, doch die Situation in Nordirland und die Post-Brexit-Beziehungen zwischen der EU und dem UK werden angespannt bleiben.

Der Europäische Rat hat die Revision des Brexit-Austrittsvertrags Ende März gebilligt, die Zustimmung des Europäischen Parlaments gilt als Formsache. Die Verordnung, mit der die »Stormont-Bremse« dem Nordirlandgesetz von 1998 hinzugefügt werden muss, hat das parlamentarische Zustimmungsverfahren durchlaufen. Selbst wenn der extrem-rechte Flügel der Windsor-Allianz – European Research Group in der Tory-Partei und die DUP – über die Feierlichkeiten hinaus an ihrem Widerstand festhalten sollten, können sie die Revision nicht stoppen.

Anders sieht es bei der Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der politischen Institutionen in Nordirland aus. Die in der Nordirland-Versammlung vertretenen Parteien Sinn Féin, Alliance, die Social Democratic and Labour Party und die Ulster Unionists haben erklärt, dass sie das Rahmenabkommen im Großen und Ganzen unterstützen, aber die Funktionsweise der Stormont-Bremse und ihre Zweckmäßigkeit infrage stellen. Die DUP hingegen müsste Abstriche an ihrer bisherigen Position machen, denn zu ihren »sieben Tests« zählt die Forderung, dass in der Irischen See *keinerlei* Kontrollen fortbestehen sollten – eine Konstellation, die nur mit einem Verbleib des UK in der EU-Zollunion zu erreichen gewesen wäre, die aber von der ersten Phase der Brexit-Verhandlungen an von der Windsor-Allianz bekämpft worden war.

Es wäre ein enormer Prestigegewinn für die Tory-Regierung, wenn die DUP im Vorfeld des Treffens von Sunak und Biden in Belfast erklären würde, dass sie die politischen Institutionen in Nordirland nicht länger blockieren wolle.

Einen Auftrag des Friedensabkommens von Belfast haben alle britischen Regierungen seit 1998 nicht umgesetzt: Die Kodifizierung der Menschenrechte unter Berücksichtigung der besonderen Situation in Nordirland in einer »Bill of Rights for Northern Ireland«. In ihrem jüngsten Bericht zur Überprüfung der Einhaltung des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen durch das UK vom 8.3.2023 weist die Nordirische Menschenrechtskommission erneut auf dieses Versäumnis hin: »Nordirland ist seit insgesamt vier Jahren ohne eine voll funktionsfähige Legislative und Exekutive. Die Folgen für die Einhaltung des Abkommens und die negativen Auswirkungen auf die Menschen in Nordirland werden immer deutlicher. Die Auswirkungen wurden durch die COVID-19-Pandemie und die steigenden Lebenshaltungskosten noch verschärft, insbesondere für Minderheitengruppen. […] Darüber hinaus sind die Rückschritte der britischen Regierung in Bezug auf den britischen Menschenrechtsrahmen äußerst besorgniserregend. Der aktuelle Gesetzesentwurf zur britischen Bill of Rights droht diesen Rahmen zu schwächen, weil in ihm eine Hierarchie der Rechte und des Schutzes formuliert wird. Außerdem soll der Zugang zu nationalen Gerichten eingeschränkt werden, was im Widerspruch zum Belfaster Abkommen steht. Bemerkenswert ist auch, dass keine nennenswerten Anstrengungen unternommen werden, um eine eigene Bill of Rights für Nordirland zu schaffen.«

So glanzvoll sich die Feierlichkeiten in Belfast auch gestalten mögen, sie können nicht über die anhaltende Missachtung internationalen Rechts durch die britischen Konservativen hinwegtäuschen. Die Verachtung der Europäischen Menschrechtskonvention seitens der Tory-Regierung ist strukturell. Sie zeigte sich besonders eklatant vor einem Jahr mit der Vorlage des Nordirland-Protokoll-Gesetzes, das jetzt zurückgezogen werden musste. Sie zeigt sich erneut beim neuen Asylgesetz, das von Innenministerin Suella Braverman mit dem expliziten Hinweis versehen worden ist, dass es nicht konform mit der Menschenrechtskonvention ist. Die Tories setzen darauf, dass sie wie andere an Regierungen beteiligte rechtspopulistische Parteien auf dem internationalen Parkett salonfähig bleiben – allein wegen der militärischen Stärke des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de